



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

**Statement anlässlich der Pressekonferenz
am 3. Juli 2009 in Berlin**

„Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung – Gemeinsam für ein gutes Leben“

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ergebnisse unserer Befragung zeigen, dass die Menschen eine klare Vorstellung davon haben, was sich in Deutschland ändern muss. Es wird aber ebenso deutlich: Zwischen dem politischen Handeln und den Bedürfnissen der Menschen klafft eine tiefe Lücke.

So wenig Zutrauen die Menschen in die Politik haben, so sehr vertrauen sie darauf, dass die IG Metall Ihnen eine unüberhörbare Stimme verleiht. Denn die IG Metall ist nahe dran, an den Lebenswirklichkeiten der Menschen. Wir haben die Menschen gefragt, sie haben uns in einer überwältigenden Anzahl geantwortet.

Aber auch die politischen Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Wir haben den Eindruck, dass der Politik nicht in jedem Fall bewusst ist, was die Menschen berührt und was sie erwarten. Detlef Wetzel hat das eben anhand der Befragungsergebnisse beschrieben.

Ich will mit Blick auf die Bundestagswahl – exemplarisch – anhand von drei Punkten deutlich machen, welche politischen Schlussfolgerungen die IG Metall daraus zieht:

1. Thema: Arbeitsplätze

Wir haben eben gehört, dass die Befragung hohe Zustimmungsraten beim Thema „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ ergeben hat. Die Menschen wollen Arbeit. Sicher und fair! Es steht zweifelsfrei fest, dass es mit Abstand das wichtigste Thema ist, das die Menschen momentan bewegt.

Die Politik hat schon manches getan. Sie hat auch Forderungen der IG Metall aufgegriffen, wie beispielsweise die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes oder der Bürgschaftsrahmen für Unternehmensfinanzierungen. Auch die Umweltprämie zählt dazu. Das alles wird jedoch nicht ausreichen.

Die Banken verweigern zwingend notwendige Kredite. Oder sie verlangen Zinsen, die keiner bezahlen kann. Deshalb fordert die IG Metall die Einrichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds, der mit 100 Mrd. Euro ausgestattet wird. Er soll mit einer Zukunftsanleihe auf große Vermögen finanziert werden. So kommt genügend Kapital zusammen, um die industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu erhalten.

Ich warne davor: Wenn jetzt Arbeitsplätze im Industriebereich verloren gehen, werden sie nach der Krise nicht nach Deutschland zurückkehren!

2. Thema: Alterssicherung – Rente mit 67

Die allermeisten Arbeitnehmer finden es ungerecht, wenn sie erst mit 67 abschlagsfrei in Rente gehen können. Und vielfach können sie es auch gar nicht.

Die Arbeitnehmer machen sich Sorgen, was aus ihnen selbst wird, wenn sie nicht bis zum Schluss durchhalten. Was ist dann? Eine abgespeckte Erwerbsminderungsrente? Arbeitslosigkeit? Hartz IV?

Die Politik kann vor diesem Problem nicht davonlaufen. Die im Gesetz vorgeschriebene Überprüfungsklausel muss dazu genutzt werden, Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen zu nehmen. Zumal wir auch den Arbeitsmarkt entlasten müssen.

Deshalb hat die IG Metall das „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“ vorgeschlagen. Wir wollen, dass ältere Arbeitnehmer zugunsten von Jüngeren früher in Rente gehen können. Und wir fordern, dass die Altersteilzeit weiterhin gefördert wird. Sie hat sich bewährt und vielen jungen Menschen einen Einstieg in das Berufsleben verschafft.

3. Thema: Prekäre Arbeit – Junge Generation

Gerade bei den jungen Menschen ist die Angst um den eigenen beruflichen Werdegang besonders groß. Während früher wenigstens der Ausbildungsplatz sicher war, von dem aus man sich weiterentwickeln konnte, ist heute gar nichts mehr sicher.

Praktika, Leiharbeit und befristete Jobs prägen immer mehr die Arbeitswelt und die Lebenserfahrung von jungen Arbeitnehmern. Sie erwerben so auch keine großen Ansprüche gegenüber der Arbeitslosen- oder Rentenversicherung.

Im Übrigen warne ich davor: Die Gesellschaft verspielt ihre eigene Zukunft, wenn sie so mit ihrer Jugend umgeht! Wir brauchen klare Regeln für diese atypischen Beschäftigungsverhältnisse.

Mit Blick auf Leiharbeit heißt das beispielsweise, dass gleiche Arbeit auch tatsächlich gleich bezahlt werden muss. Leiharbeit muss ins Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden, um Lohndumping zu bekämpfen. Und das „Heuern und Feuern“ in der Leiharbeitsbranche muss ein Ende haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Ergebnisse unserer Befragung kann man im Grunde genommen auf zwei Punkte verdichten:

1. Die Menschen haben klare Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ist.
2. Sie sind auch bereit, diese Vorstellungen in die Diskussion einzubringen - wenn sie denn jemand fragt!

Wir haben niemanden gezwungen, an unserer Befragung teilzunehmen. Die Resonanz zeigt, dass es keine Politikverdrossenheit in unserem Land gibt!

Aber: Es gibt wohl eine Verdrossenheit gegenüber bestimmten Institutionen, die sich zunehmend auf Lobbygruppen, Experten und Medienpräsenz verlässt und die politische Willensbildung vernachlässigt. [Postdemokratie]

Noch haben sich die Menschen nicht völlig von der Politik abgewendet. Aber wir warnen davor, dass das geschehen könnte. Erste Alarmzeichen sind offensichtlich, wie zum Beispiel die sinkende Wahlbeteiligung. Ich sage: Wer nicht auf die Menschen hört, wird die Demokratie in Gefahr bringen!

Der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, hat einmal gesagt: „Es ist der große Vorzug der Demokratie, dass sie Kritik organisiert.“ Ich bitte unsere Befragung und unsere Forderungen auch in diesem Sinne zu verstehen.

Wir haben mehr Mitglieder als alle politischen Parteien zusammengenommen.
Wir haben Strukturen, die es uns ermöglichen, selbst betriebs- und tarifpolitisch zu handeln. Das werden wir selbstverständlich auch tun.
Und wir werden die Befragungsergebnisse und die daraus resultierenden Forderungen mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft in den Bundestagswahlkampf einbringen und die Parteien damit konfrontieren.

Und eines noch, um Missverständnisse vorzubeugen:
Wir stellen unsere Forderungen nicht als politischer Gegner. Sondern als kompetente Gewerkschaft, die jeden Tag mit den realen Verhältnissen konfrontiert ist und die das Votum ihrer Mitglieder und der Beschäftigten hat.